

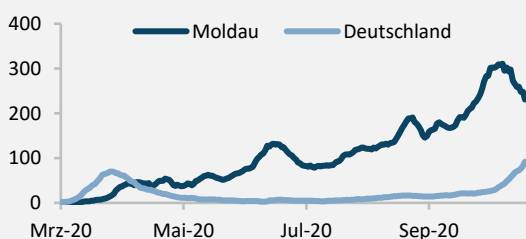
## Präsidentschaftswahlen in Moldau – diesmal relevant

Die Präsidentschaftswahlen in Moldau sind für den 1. Nov 2020 geplant. Trotz der hohen Zahl von täglich neuen COVID-19-Fällen, werden die Wahlen wohl wie geplant stattfinden und mit ziemlicher Sicherheit in einer zweiten Runde am 15. Nov fortgesetzt. Weil Moldau eine parlamentarische Republik ist, sind die Befugnisse des Präsidenten formal nur symbolisch und können leicht umgangen werden. Nichtsdestotrotz kann der Präsident sehr einflussreich sein, wie der Amtsinhaber Igor Dodon bewiesen hat. Daher sind die kommenden Wahlen sowohl für Herrn Dodon von der Sozialistischen Partei als auch für Frau Sandu, seine Hauptherausforderin von der Aktions- und Solidaritätspartei (PAS), wichtig. Wie von Wahlen in Moldau gewohnt, wird diese Wahl die geopolitische Kluft zwischen den Wählern der beiden Hauptanwärter widerspiegeln: der pro-europäischen Mitte und der pro-russischen "Linken". Dies wird auch diesmal, trotz der Versuche der Herausforderer das geopolitische Thema zugunsten von Reformthemen abzuschwächen, der Fall sein. Allerdings könnten die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen dazu führen, dass sich die Wähler weniger für geopolitische Argumente interessieren. Da im Jahr 2021 wahrscheinlich vorgezogene Parlamentswahlen anstehen, steht bei den Präsidentschaftswahlen viel auf dem Spiel.

### Die Pandemie und die Wirtschaft

Die Stimmabgabe bei den Präsidentschaftswahlen im November ist teilweise ein Urteil über den Umgang der Regierung mit der COVID-19 Krise. Die Regierung hat in der frühen Phase der Pandemie strenge Maßnahmen ergriffen, um einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems zu verhindern. Im weiteren Verlauf waren die Bemühungen die Ausbreitung des Virus einzudämmen allerdings weniger erfolgreich. Die Zahl der täglichen Neuerkrankungen nahm kontinuierlich zu bis Moldau sogar die weltweite Top 10 bei den Neuerkrankungen pro 1 Mio. Einwohner erreichte. Auch die Wirtschaft wurde hart getroffen; das BIP schrumpfte im 2. Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahresquartal um 11,5%.

### Tägliche Neuerkrankungen pro 1 Mio. Einwohner



Quelle: Johns Hopkins Universität, Durchschnitt der letzten 7 Tage.

### Reformen in Zeiten der Pandemie

In der anfänglichen Panik überstürzte die Regierung mehrere politische Entscheidungen, darunter die Erhöhung der individuellen Arbeitslosenunterstützung, Prämien für infiziertes medizinisches Personal und das Verbot des Exports von Schutzausstattungen. Das war zwar gut gemeint, aber nicht alles davon erwies sich als wirksam. Erst nach intensiven Verhandlungen mit dem einflussreichen Gewerkschaftsbund wurde die längst überfällige Regelung zum „Home Office“ in das starre Arbeitsgesetz aufgenommen. Im Herbst nahm die Regierung einige weitere notwendige Reformen zur Digitalisierung der Wirtschaft und zur Einführung von Kurzarbeit in Angriff, diese sind aber noch nicht abgeschlossen. Im Juli wurde eine vorläufige Vereinbarung mit dem IWF über ein neues Programm von 558 Mio. USD (ca. 5% des BIP) erreicht. Die finale Board-Entscheidung war für Ende September erwartet worden, scheiterte bisher aber an der Erfüllung der Vorabbedingungen in Bezug auf Zentralbankunabhängigkeit, Finanzsektoraufsicht und Haushaltstransparenz.

### Die Kandidaten der Präsidentschaftswahl – Déjà-vu

Acht Kandidaten haben sich erfolgreich für die Wahl 2020 registriert. Es ist aber so gut wie sicher, dass die 2. Runde zwischen dem Amtsinhaber Igor Dodon von der Sozialistischen Partei und der Hauptherausforderin Maia Sandu von der Aktions- und Solidaritätspartei (PAS) ausgetragen wird. Die Unterschiede zwischen den beiden Lagern könnten nicht größer sein.

### Igor Dodon und die pro-russische „Linke“

Es ist kein Geheimnis, dass der derzeitige Präsident Igor Dodon trotz seiner erklärtermaßen "ausgewogenen" Außenpolitik besondere Beziehungen zum Kreml pflegt. Während seiner Amtszeit hatte Dodon 18 Treffen mit Wladimir Putin jedoch kein offizielles Treffen mit Führern der EU, Rumäniens oder der Ukraine wahrgenommen. Dodon ist faktisch der Anführer der Sozialistischen Partei, die die meisten Abgeordneten im Parlament hat (37 von 101). Zusammen mit der Demokratischen Partei sowie einigen unabhängigen Abgeordneten kontrollieren sie eine sehr knappe Mehrheit und die Regierung. Igor Dodon führt in den meisten Meinungsumfragen nach wie vor weiter, obwohl seine Zustimmung in den letzten Monaten leicht zugunsten der drei Hauptanwärterparteien auf der linken Seite gesunken ist: Unsere Partei, angeführt vom Kandidaten Renato Usatii, der Partei von Ilan Shor und den Kommunisten.

## Maia Sandu und die pro-europäische Mitte

Unter den Mitte-Rechts-Parteien ist die Hauptfavoritin die ehemalige Premierministerin Maia Sandu von der Aktions- und Solidaritätspartei (PAS). Sie führte kurzzeitig die Regierung in 2019, nachdem sie eine "Vernunft-ehe" mit den Sozialisten geschlossen hatte um den Oligarchen Vladimir Plahotniuc zu stürzen. Trotz hoher Achtung und Unterstützung aus dem Westen hielt ihre Regierung aber nur fünf Monate bis es zu einer Auseinandersetzung mit Igor Dodon über die Ernennung des Generalstaatsanwalts kam. Ihre Umfragewerte haben darunter aber nicht gelitten, denn die meisten Mitte-rechts Wähler sehen in ihr die einzige Politikerin, die in der Lage ist die Korruption zu bekämpfen und sinnvolle Reformen durchzusetzen. Sandu profitiert auch von den schlechten Leistungen ihrer Rivalen aus den Zentrumsparteien.

### Aktuelle Umfragen

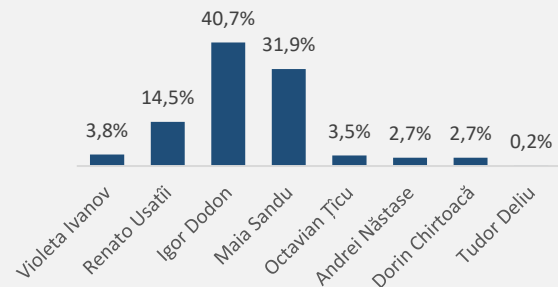
Alle Umfragen zeigen, dass sich die Kernpräferenzen der Wähler in den letzten Jahren kaum verändert haben: Igor Dodon und Maia Sandu sind die aussichtsreichsten Favoriten. Dodon gewann die Präsidentschaft in 2016 mit knappem Vorsprung (52% gegenüber 48% in der 2. Runde). Damals profitierte Dodon von der Unterstützung der wichtigsten Fernsehsender (einschließlich der Plahotniuc nahestehenden), welche dubiose Nachrichten über Maia Sandu verbreiteten. Auch angebliche organisierte Transporte von Wählern aus Transnistrien könnten damals ebenfalls zum Sieg von Dodon beigetragen haben.

Diesmal muss Igor Dodon für die vier Jahre im Amt und die Handhabung der Pandemie Rede und Antwort stehen. Antworten stehen jedoch noch aus, da Igor Dodon verkündete, dass er nicht an den Debatten teilnehmen werde, zumindest nicht vor der ersten Runde. Die anstehenden Wahlen könnten aber auch angefochten werden. Die Kandidaten der Opposition beschuldigen die zentrale Wahlkommission eine noch nie dagewesene Anzahl von Wahllokalen in Russland (17 gegenüber 8 im Jahr 2016) und für Bürger aus der Region Transnistrien (42 gegenüber 30 im Jahr 2016) eröffnen zu wollen.

### Blick in die Zukunft - mehr Wahlen

Unabhängig davon wer die Präsidentschaftswahlen gewinnt, sind vorgezogene Parlamentswahlen im nächsten Jahr sehr wahrscheinlich, da die Hauptakteure auf mehr Sitze in einem weniger fragmentieren Parlament hoffen.

### Umfrage zur Wahlabsicht (getätigt zwischen 10. und 17. Oktober)



Source: CBS-AXA

Es bleibt zu hoffen, dass es der Regierung - trotz des permanenten Wahlkampfs - gelingt in der laufenden Legislaturperiode noch zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung des Geschäftsklimas durchzusetzen und zumindest Teile des Digitalisierungsfahrplans, der vom Ministerium für Wirtschaft und Infrastruktur vorgelegt wurde, zu erfüllen.

#### Autor

Andrian Gavrilita, [andrian.gavrilita@mba2016.esmt.org](mailto:andrian.gavrilita@mba2016.esmt.org)

Andrian Gavrilita ist Politikberater und war zuvor Stabschef von Premierminister Gaburici.

Hinweis: Dieser Text liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors und gibt nicht notwendigerweise die Meinung des German Economic Teams wieder.

#### Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Jörg Radeke

[Subscribe / unsubscribe newsletter](#)

#### German Economic Team

[www.german-economic-team.com](http://www.german-economic-team.com)

Das German Economic Team (GET) unterstützt die Regierungen der Länder Ukraine, Belarus, Moldau, Georgien und Usbekistan beratend bei der Gestaltung wirtschaftspolitischer Reformprozesse und der nachhaltigen Entwicklung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Es wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) finanziert und von Berlin Economics durchgeführt.